

Frisch, Alfred

Article — Digitized Version

Tendenzen und Widersprüche in Frankreichs Handelspolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Frisch, Alfred (1951) : Tendenzen und Widersprüche in Frankreichs Handelspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 3, pp. 39-43

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131276>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Art der Verwendung	Rechnungsjahr		Mill. £
5% an die Regierung der USA.	1948/49	6,010	
	1949/50	12,965	
	zusammen		18,975
Transportkosten für die Hilfslieferungen in England	1948/49	0,025	
	1949/50	0,049	
	zusammen		0,074
Aufwendungen für den anglo-amerikanischen Produktivitätsrat	1948/49	0,017	
	Zahlungen für technische Unterstützungspläne (übertragen auf das „Einzahlungskonto“) 1949/50		1,000
Aufwendungen für Tilgung der Staatsschuld	1949/50	107,450	
	1950/51	92,000	
	zusammen 1949—1951		199,450
Insgesamt			219,516
Saldo (31. 3. 1950)			159,979
Gesamtausgaben			379,495

Der angeführte Saldo in Höhe von 159,979 Mill. £, der auf das Rechnungsjahr 1950/51 vorgetragen wurde, stimmt mit der Position „Sonderkonto des Schatzamtes“ im Ausweis der Bank von England vom 31. März 1950 überein. Dieser Saldo hat sich nach dem Ausweis vom 21. Februar 1951 auf 9,253 Mill. £ ermäßigt, so daß in der Zwischenzeit weitere Ausgaben in Höhe von 150,762 Mill. £ gemacht wurden, über die aber noch keine amtlichen Angaben vorliegen. Es dürften jedoch zum größten Teil wieder Schuldentilgungen vorgenommen worden sein.

Aus dem amtlichen Bericht geht nicht hervor, für welche Zwecke die Beträge, die der Schuldentilgung entsprechen, verwendet worden sind. Es heißt lediglich in der Rechnungslegung für 1948/49, daß ein entsprechender, im Bestand der Bank von England ge-

führter Betrag an Schatzanweisungen getilgt wurde. Es handelt sich also nur um eine globale Verwendung, d. h. im Haushaltsplan sind auf der Ausgabenseite keine entsprechenden zweckgebundenen Beträge eingesetzt worden.

INFLATIONSBEKÄMPFUNG DURCH GEGENWERTMITTEL

Großbritannien hat mit den Gegenwertmitteln ganz offensichtlich nur den Zweck verfolgt, die inflatorische Wirkung seiner (defizitären) Haushaltspolitik einzudämmen. Tatsächlich hat sich bis zum 31. März 1950 das Deficit Spending der britischen Regierung mit einem Betrag von 199,450 Mill. £ (rund 2,35 Mrd. DM) nicht ausgewirkt, da die Inlandskaufkraft in dieser Höhe durch einen Warenstrom von außen kompensiert und die entsprechende Geldmenge restlos stillgelegt worden ist.

Großbritannien hat damit einen völlig anderen Weg beschritten als Deutschland, das seine Gegenwertmittel im Einvernehmen mit der ECA-Mission für Westdeutschland für ganz bestimmte Investitionsvorhaben eingesetzt hat. Das praktische Ergebnis ist in beiden Fällen jedoch das gleiche, wenn man unterstellt, daß Großbritannien die zu erwartenden Gegenwertmittel bereits vorweg über den Haushalt für Investitionszwecke verplant hat. Auf diese Weise hat es Großbritannien erreicht, diejenigen Vorhaben durchzuführen, die es für notwendig hielt, und zwar ohne Zeitverlust und ohne sich der Bevormundung durch die ECA-Mission auszusetzen.

Tendenzen und Widersprüche in Frankreichs Handelspolitik

Alfred Frisch, Paris

Ende 1950 trat im französischen Außenhandel eine ebenso grundlegende wie unerwartete Umwälzung ein. Der traditionelle Fehlbetrag der Handelsbilanz verwandelte sich plötzlich in einen leichten Überschuß, der sich teilweise durch die internationalen Konjunkturverhältnisse erklärt, teilweise aber auch ohne Zweifel den energischen französischen Exportbemühungen der letzten Jahre zu verdanken ist. Seit Beginn des Jahrhunderts war die französische Handelsbilanz von wenigen Ausnahmen abgesehen passiv, was keine besondere Bedeutung hatte, da der Fehlbetrag leicht durch zusätzliche, unsichtbare Deviseneinnahmen ausgeglichen werden konnte. Obwohl in den letzten Jahren vor dem zweiten Weltkrieg die französische Ausfuhr im Durchschnitt nur zwei Drittel der Einfuhr deckte, kannte Frankreich keinerlei Devisenprobleme. Durch den Krieg verlor jedoch das Land seine Auslandsguthaben fast restlos, und von bedeutenden neuen Kapitalinvestitionen im Ausland konnte nicht die Rede sein. Als einzige Quelle unsichtbarer Ausfuhr blieb der Fremdenverkehr, der nach einer verhältnismäßig langen Anlaufperiode, in der ein Großteil der eingeführten Devisen dem Schwarzmarkt zufließte, schließlich 1950 einen neuen Höhepunkt erreichte.

Bei der Beurteilung der französischen Außenhandelsstatistiken muß man zunächst zwischen dem Ausland und den überseeischen Gebieten der Französischen Union unterscheiden. Für die Devisenbilanz spielt lediglich der Warenverkehr mit dem Ausland eine Rolle, denn die Handelsbeziehungen mit den überseeischen Gebieten Frankreichs werden restlos in franz. Franken abgewickelt. Bedauerlicherweise fehlen zuverlässige Gesamtstatistiken über die Zahlungsbilanz der Franc-Zone, d. h. über den Devisensaldo der verschiedenen überseeischen Gebiete mit dem Ausland¹⁾.

Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen sind die überseeischen Gebiete Frankreichs in unterschiedliche Gruppen einzuteilen. Zunächst sind die sogenannten überseeischen Departements zu nennen, d. h. Algerien, Martinique, Guadeloupe, Guyana und die afrikanische Insel Réunion. Verwaltungs- und zolltechnisch sind diese Gebiete dem Mutterland gleichgestellt. Es ist schwer verständlich, weshalb sie trotzdem in den Zollstatistiken gesondert ausgewiesen werden. Die von Frankreich für den zwischen europäischen Warenverkehr zugestandenen Kontingentbefreiungen finden

¹⁾ Vgl. hierzu die auf S. 53 veröffentlichten Statistiken, die sich ausschließlich auf den Warenverkehr zwischen dem Mutterland und den überseeischen Gebieten beziehen.

automatisch auf diese überseeischen Departements Anwendung. In der zweiten Gruppe befinden sich die eigentlichen französischen Kolonien, d. h. West- und Äquatorialafrika, Madagaskar und die kleineren französischen Besitzungen im Pazifik. Diese Kolonien verfügen über eine beschränkte Zollautonomie, mit der Einschränkung, daß sämtliche Waren aus dem Mutterland zollfrei eingeführt werden müssen und die vorgeschlagenen Zollsätze der Billigung der französischen Regierung unterworfen sind. Auf diese Gebiete werden die europäischen Liberalisierungsmaßnahmen nur zögernd ausgedehnt (bisher lediglich und mit Einschränkungen auf Neu-Kaledonien und Franz. Westafrika). In der dritten Gruppe befinden sich die sogenannten Mandats- und Protektoratsgebiete, d. h. Kamerun, Togo, Marokko und Tunesien. Im letzten Land erfreut sich Frankreich einer Vorzugsstellung und weitgehender zollfreier Einfuhr seiner Waren. Für die drei anderen Gebiete ist es jedoch durch internationale Verträge wenigstens zu theoretischer Gleichbehandlung aller Lieferländer verpflichtet. Die französischen Waren unterliegen dem gleichen Wertzoll wie diejenigen anderer Länder, aber nicht den gleichen Kontingentierungen und Devisenkontrollen. Eine Sonderstellung nimmt schließlich Indochina als sogenannter assoziierter Staat ein. Grundsätzlich verfügt es über eine sehr weitgehende Zollautonomie. Wie sich die Verhältnisse dort praktisch entwickeln werden, läßt sich vorläufig noch nicht absehen.

ENTWICKLUNGSTENDENZEN

Bei erheblichem Rückgang der französischen Einfuhren zeigt sich eine Steigerung der Ausfuhren im Vergleich zu den Vorkriegsjahren. Mengenmäßig ging allein im Laufe eines Jahres die französische Gesamteinfuhr aus den überseeischen Gebieten und dem Ausland von 46,2 auf 39,8 Mill. t zurück. Obwohl die Einfuhr aus dem Ausland im Dezember 1950 einen Höchststand erreichte, lag sie mengenmäßig noch um 144 000 t, oder um rund 5 %, unter derjenigen vom Dezember 1938. Bei der Ausfuhr ist jedoch gleichzeitig eine Steigerung von 1 039 000 t, d. h. rund 50 %, festzustellen. Es besteht kein Zweifel, daß dieser Einfuhrückgang gewollt ist und mit den protektionistischen Tendenzen der französischen Handelspolitik in Beziehung steht. Darauf soll später näher eingegangen werden.

Auffällig ist ferner die starke, innere Umschichtung des französischen Außenhandels. Dabei handelt es sich um eine Entwicklung, die seit rund einem halben Jahrhundert andauert. Der Anteil der Fertigwaren geht, sowohl auf der Ausfuhr- wie auf der Einfuhrseite, ständig zugunsten der Rohstoffe und Halberzeugnisse zurück. Die statistischen Berechnungen sind für lange Fristen aus technischen Gründen zwangsläufig unvollständig, vermitteln jedoch trotzdem ein wertvolles und im großen und ganzen richtiges Bild. Zwischen 1902 und 1950 erhöhte sich der Anteil der Rohstoffe und Halberzeugnisse an der französischen Gesamtausfuhr (einschließlich überseeischer Gebiete) wertmäßig, selbstverständlich unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, von 27 auf 43,3 %, während derjenige der Fertigerzeugnisse von 56,0 auf

42,2 % zurückging. Die Lebensmittel unterlagen verhältnismäßig geringeren Schwankungen. 17 % 1902, 12,6 % 1949 und rund 14,5 % 1950 (für 1950 beziehen sich die Zahlen auf die ersten sieben Monate).

Die Einfuhr von Fertigerzeugnissen fiel zwischen 1902 und 1950 von 19 auf 14,3 %, die Einfuhr von Rohstoffen und Halberzeugnissen von 63 auf 54,4 %, während sich der Anteil der Lebensmittel, wozu allerdings auch Futtermittel gehören, von 18 auf 31 % erhöhte. Auf diesem Gebiet ist voraussichtlich kurzfristig ein nicht unerheblicher Rückgang zu erwarten. Die Zunahme der Lebensmitteleinfuhr war bisher eine Folge der Stagnation in der französischen Landwirtschaft.

Für den Warenverkehr mit dem Ausland allein liegen Berechnungen erst ab 1932 vor. Die Entwicklungstendenzen kommen hierbei noch viel stärker zum Ausdruck. Der Ausfuhranteil der Fertigwaren ging danach zwischen 1932 und 1950 von 59,7 auf 31,6 % zurück, bei einem sprunghaften Anstieg des Artikels der Rohstoffe und Halberzeugnisse von 28,7 auf 54,6 %. Die entsprechenden Zahlen für Lebensmittel sind 11,6 und 13,8 % (1950: 7 Monate). Auf der Einfuhrseite sind die Fertigwaren von 23,4 auf 19,9 % abgefallen, die Lebensmittel von 23,8 auf 14,1 %, bei einer Zunahme der Rohstoffe und Halberzeugnisse von 52,8 auf 66,0 %.

Nach einer weiteren Berechnung unter Zugrundelegung eines Goldwertindex (1913 = 100) erreichte die französische Gesamtausfuhr 1926 einen Höchststand von 179,9, 1938 einen Tiefstand von 36,7 und 1950 einen Wert von 107,3. Die Fertigwarenausfuhr belief sich nach dieser zwangsläufig ungenügenden Berechnungsart 1926 auf 185,3, 1938 auf 31,7 und 1950 auf 73,1. Aus diesen Zahlen geht immerhin hervor, daß die französische Ausfuhr seit 1913 kaum wesentliche mengen- und wertmäßige Fortschritte machte. Die Verlagerung von Fertigwaren zu Rohstoffen, zu denen man in gewissem Sinne auch Lebensmittel zählen muß, hat seit 1950 auf der Ausfuhrseite angehalten und beginnt, die zuständigen französischen Stellen ernstlich zu beunruhigen. Die verschiedenen Liberalisierungsmaßnahmen gestatten jedoch eine erhebliche Vermehrung der Einfuhr von nicht landwirtschaftlichen Konsumgütern, deren Wert von 25,8 auf 53,5 Mrd. anstieg. An der Gesamteinfuhr aus dem Ausland in Höhe von 792,4 Mrd. gemessen, blieb dieser nicht landwirtschaftliche Konsumgüterposten jedoch nach wie vor recht bescheiden.

In der geographischen Verteilung des französischen Warenverkehrs mit dem Auslande sind ebenfalls Wandlungen eingetreten. Im Vergleich zu 1938 blieben auf der Einfuhrseite die USA. an erster Stelle, während Deutschland vom vierten auf den zweiten Platz aufrückte. Belgien und Luxemburg behielten unverändert den dritten Platz. Großbritannien kam 1950 allerdings erst an fünfter Stelle, gegenüber der zweiten Stelle 1938. Es wurde sogar als Lieferant Frankreichs von Australien überflügelt, das auf diese Weise um einen Platz aufrückte. Erwähnenswert ist ferner das Vordringen Italiens von vierzehnter Stelle 1938 an die sechste Stelle 1950.

Auf der Ausführseite rückte Großbritannien vom zweiten auf den ersten Platz und Deutschland vom vierten auf den zweiten Platz. Belgien/Luxemburg hörten auf, die besten Kunden Frankreichs zu sein und lagen 1950 nur an dritter Stelle. Die Schweiz fiel ebenfalls um einen Rang ab. Der fünfte Platz verblieb unverändert den USA. Im allgemeinen ist festzustellen, daß unter den französischen Lieferanten viel stärkere Veränderungen eingetreten sind als bei den Kunden. Besondere Beachtung verdient der Warenverkehr zwischen Frankreich und seinen überseeischen Gebieten. Es ist für die deutsche Wirtschaft wichtig zu wissen, daß der oben erwähnte französische Ausführüberschuß nach den überseeischen Gebieten fast restlos Nordafrika zugute kommt. Gewiß, auch Indochina erhält von dem Mutterland wesentlich mehr Waren, als es ihm zur Verfügung stellt. Hierbei sind aber die politischen und militärischen Verhältnisse zu berücksichtigen. Der stärkste Fehlbetrag ist für Marokko zu melden, wo die französischen Lieferungen die Gegenleistungen in Waren um mehr als das Doppelte übersteigen.

Diese statistischen Feststellungen machen den hartnäckigen Wunsch der Marokkaner nach Ausdehnung der französischen Liberalisierungslisten auf Marokko verständlich. Während es den marokkanischen Erzeugern nicht schwer fällt, ihre Waren nach freiem Ermessen im Auslande abzusetzen und sie darin hinsichtlich verschiedener Erzeugnisse sogar (zur Verminderung der Konkurrenz im Mutterland) von französischen Stellen unterstützt werden, ist die Einfuhrkontrolle unverändert streng. Nach wie vor müssen zwei Drittel der benötigten Waren aus dem Mutterland bezogen werden. Erleichterungen wurden für 1951 versprochen. Ob sie tatsächlich ins Gewicht fallen werden, ist nicht vorauszusagen.

Der Warenverkehr zwischen Frankreich und Algerien hat vom Standpunkt der Außenhandelswirtschaft gesehen keinerlei Bedeutung. Algerien ist in jeder Beziehung dem Mutterlande gleichgestellt, einschließlich der Bestimmungen für die Einfuhr aus europäischen Ländern. In Tunesien liegen die Verhältnisse ähnlich wie in Marokko, d. h. die Einfuhr aus Frankreich wird weitgehend begünstigt.

Im Gegensatz zu Nordafrika lieferten auch 1950 die zentralafrikanischen Besitzungen Frankreichs, d. h. West- und Äquatorialafrika, Kamerun und Madagaskar, zusammengenommen dem Mutterlande mehr Waren als sie erhielten. Wenn man den erheblichen Bedarf dieser Gebiete an Produktionsgütern berücksichtigt, muß man zu dem Ergebnis kommen, daß bisher der Konsumgüterbedarf nur unvollständig befriedigt wurde. Die wiederholt vorgebrachte Forderung der betreffenden französischen Besitzungen nach Freigabe der Einfuhr entbehrt demnach keineswegs der Berechtigung. Das Preisniveau ist in Zentralafrika wesentlich höher als in dem Mutterland. Das französische Einfuhrmonopol begünstigt hauptsächlich eine kleine Anzahl von Handelsgesellschaften und stört nicht unerheblich die wirtschaftliche Entwicklung der Gebiete. Ohne Zweifel bestehen in Zentralafrika erhebliche, unausgenützte Absatzmöglichkeiten für deut-

sche Waren, ohne daß etwaige Einfuhren aus Deutschland zu einer Benachteiligung für die französische Industrie werden müssen.

HANDELSPOLITIK

Frankreichs Handelspolitik bewegt sich zwischen zwei entgegengesetzten Polen. Auf der einen Seite besteht das Bestreben, der internationalen Konkurrenz durch liberale Einfuhrmaßnahmen größeren Spielraum zu geben und besonders die Europapolitik auch wirtschaftlich zu untermauern. Innerhalb der Europäischen Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) ist Frankreich von Anfang an entschieden für Liberalisierungsmaßnahmen eingetreten. Sowohl die Regierung wie einsichtige Wirtschaftskreise erkennen die Gefahren des Protektionismus. Die Überalterung des französischen Maschinenparks zwischen den zwei Weltkriegen und die Ausschaltung jeder dynamischen Industrieentwicklung waren nach Ansicht aller zuständigen Sachverständigen die eindeutige Folge eines überspitzten Protektionismus, der den französischen Markt von jedem frischen Luftzug abschirmte und die Wirtschaft zum Ersticken brachte. Es ist wenig bekannt, daß Frankreich vor dem zweiten Weltkrieg den protektionistischsten Zolltarif der Welt besaß. Die Mangelwirtschaft der ersten Nachkriegsjahre schlug hier eine wohlthuende Bresche, d. h. der Zolltarif wurde zunächst ganz allgemein außer Kraft gesetzt und durch devisenwirtschaftlich bedingte Einfuhrkontrollen ersetzt. Anschließend daran arbeiteten die zuständigen Ministerien einen neuen Zolltarif aus, dessen herabgesetzte Wertzölle auf verhältnismäßig geringen Widerstand stießen, da im Augenblick ihrer Veröffentlichung die französische Wirtschaft mit der ausländischen Konkurrenz kaum in Berührung war. Es wäre aber irrig anzunehmen, daß sich der neue Tarif von dem protektionistischen Geist freigemacht hätte. Er entspricht weitgehend der von Frankreich in der großen Weltkrise der Zwischenkriegszeit beschrittenen Kontingentpolitik. Aus diesem Grunde ist er in kaum vorstellbarem Maße unterteilt, um es der Regierung zu ermöglichen, durch Festsetzung von Kontingenten die Einfuhr jeder einzelnen Ware einzuschränken. Augenblicklich gibt es in Frankreich über 5000 Zollpositionen, in denen sich bald kein Mensch mehr zu rechtfinden wird. Bedauerlicherweise ist die französische Wirtschaft mit dieser Unterteilung noch nicht zufrieden, und es entstehen fast täglich weitere Splittergruppen. Nach einer ungefähren Schätzung hat sich in den letzten fünf Jahren die Zahl der Zollpositionen um mehr als 500 erhöht. Frankreich stellt mit der Unterteilung seines Zolltarifes zweifellos einen internationalen Rekord auf.

Der Protektionismus ist in Frankreich mehr als ein Faktor der Wirtschaftspolitik, man muß darin eine geradezu tiefverwurzelte Tradition sehen. Selbst durchaus europäisch eingestellte Industrielle sind nicht immer in der Lage, über ihren eigenen protektionistischen Schatten zu springen. Im allgemeinen empfiehlt man die Handelsfreiheit für alle anderen Wirtschaftszweige und fordert Schutz für seine eigene Branche. Am deutlichsten ist in dieser Beziehung die Haltung der Landwirtschaft, die von ihrer eigenen Industrie

den Verzicht auf protektionistische Maßnahmen fordert, um z. B. Deutschland zu gestatten, die französische Agrarausfuhr durch entsprechende Lieferungen von Industrieerzeugnissen zu bezahlen, gleichzeitig aber heftig gegen jede Erleichterung von Einfuhren landwirtschaftlicher Produkte nach Frankreich protestiert. Die Interessengegensätze der einzelnen französischen Wirtschaftsgruppen erschweren ganz ungewöhnlich die Handelsvertragsverhandlungen. Organisatorisch erfolgen sie in wenig glücklichem Rahmen. Die Verantwortung obliegt der Wirtschaftsabteilung des Außenministeriums, d. h. einer diplomatischen Dienststelle, die mit der Wirtschaft selbst keinerlei Beziehungen hat. In den Delegationen sind jedoch stets Vertreter des Industrieministeriums, des Landwirtschaftsministeriums und des Wirtschaftsministeriums vertreten. Es ergibt sich daraus ein Tauziehen, dem das Außenministerium nicht gewachsen ist. Je nach dem Partner sind die Vertreter des Landwirtschaftsministeriums liberal oder protektionistisch eingestellt. Das Industrieministerium verfolgt ein einziges Ziel: die Einfuhren ausländischer Industrieerzeugnisse möglichst niedrig zu halten, während sich das Wirtschaftsministerium von den Erfordernissen der jeweiligen Preispolitik leiten läßt. Seit Jahren fordern französische Wirtschaftskreise die Bildung eines selbständigen und sachverständigen Außenhandelsministeriums, wie es bereits in verschiedenen anderen Ländern besteht. Die klassischen Ministerien haben sich jedoch bis jetzt erfolgreich der Verwirklichung dieses Planes widersetzt.

Der französische Handelsprotektionismus wurde so überspitzt, daß er sich mitunter selbst ad absurdum führte. So mußte sich die französische Regierung Anfang 1951 entschließen, zahlreiche Zubehörteile und Maschinen für die Flugzeugindustrie und die Schiffswerften zollfrei ins Land zu lassen, weil sonst diese beiden Industriezweige nicht mehr lebensfähig gewesen wären. Dank des Zollschutzes konnten die einzelnen Zulieferwerke ihre Preise über dem internationalen Durchschnitt hinaus auf eine Höhe treiben, die der Konkurrenzfähigkeit der Schiffswerften und Flugzeugfabriken ein Ende bereitete. Selbstverständlich wird diese Zollbefreiung von der mechanischen Industrie Frankreichs bekämpft, die dessen ungeachtet die sich aus dem Schumanplan ergebende zwischeneuropäische Handels- und Zollfreiheit für Stahl ehrlich begrüßt, da der Protektionismus der Stahlindustrie ihre eigene Entwicklung stark hemmte. Dank dieser Absurditäten und dank der energischen Haltung einer einflußreichen Minderheit, besonders in Regierungskreisen, besteht die Hoffnung, daß die französische Handelspolitik umlernen wird.

EXPORTWERBUNG UND DOLLARDRIVE

Frankreich entschloß sich nur zögernd zur Organisation seiner Exportwerbung, die weitgehend dem englischen Beispiel angepaßt ist. Das Gerüst wird durch das „Centre National du Commerce Extérieur“ gebildet. Es handelt sich um eine staatliche Auskunftsstelle für Außenhandelsfragen, die mit der ständig wachsenden Zahl französischer Handelsräte und Han-

delsattachés im Auslande laufend in Verbindung steht. Auch hier konnte noch keine organisatorische Einheit geschaffen werden, denn das Außenhandelszentrum untersteht den französischen Wirtschaftsministerien, während seine ausländischen Mitarbeiter Beamte des Außenministeriums sind. Anfangs begnügten sich die Handelsattachés mit sehr allgemein gehaltenen Marktberichten. Langsam entwickelten sie sich jedoch zu aktiven und erfolgreichen Exportagenten. Außerdem entsendet Frankreich Handelsmissionen in verschiedene Länder, besonders nach Süd-Amerika, Afrika und dem Mittleren Osten. Diese Missionen setzen sich aus Beamten und Industriellen zusammen. Teilweise haben sie für die französische Exportindustrie äußerst nützliche Verbindungen angeknüpft.

Ein besonderer staatlicher Messeausschuß befaßt sich mit der regelmäßigen Organisation rein französischer Ausstellungen im Auslande (1951 besonders in den USA. und in Ägypten), sowie französischen Kollektivausstellungen auf den großen internationalen Messen. Zur Erleichterung der Exporttätigkeit und -finanzierung wurden sämtliche in Großbritannien erprobten Exportrisikoversicherungen bis zur Garantie der Marktforschung in Frankreich eingeführt. Allerdings arbeiten vorläufig die hierfür zuständigen Stellen noch wesentlich schwerfälliger als ihre britischen Vorbilder.

Der Eroberung des USA.-Marktes wendete man sich ernstlich erst 1950 zu. Die treibende Kraft ist eine staatlich subventionierte Privatorganisation, das „Comité Franc-Dollar“, das sich in erster Reihe um die Erleichterung der Kontakte zwischen amerikanischen Käufern und französischen Exporteuren bemüht. In Paris eröffnete dieser Ausschuß ein Empfangsbüro für amerikanische Geschäftsleute, wo bereits erhebliche Bestellungen auf dem Gebiete der Radioindustrie, der Edelmehle und der Chemikalien aufgegeben wurden. Das „Comité Franc-Dollar“ gründete außerdem in Paris einen beratenden Ausschuß der Leiter der nordamerikanischen und kanadischen Einkaufsbüros in Frankreich, um die französischen Erzeuger in praktischer Weise über den Bedarf und die Anforderungen der amerikanischen Verbraucher zu unterrichten. Die Propagandaaktion war bisher verhältnismäßig bescheiden. Zu erwähnen ist die Vorbereitung eines in den USA. und in Kanada zu verteilenden Kataloges französischer Erzeugnisse. Das „Comité Franc-Dollar“ bemüht sich schließlich darum, bei der französischen Verwaltung Begünstigungen verschiedener Art für die Ausfuhren nach der Dollarzone durchzusetzen. Es sollte in diesem Zusammenhang ab 1951 eine Steuerrückvergütung in Höhe von insgesamt 2,7 Mrd. zugestanden werden. Aus Ersparnisgründen wurde dieser Betrag jedoch nicht unerheblich gekürzt. Die Zweckmäßigkeit einer derartigen Steuervergünstigung kann übrigens bei dem augenblicklich gegebenen Warenbedarf auf den Weltmärkten bezweifelt werden. Zu erwähnen ist schließlich die enge Zusammenarbeit des „Comité Franc-Dollar“ mit den zuständigen Dienststellen der amerikanischen Marshallplanverwaltung und der OEEC.

Zugunsten der französischen Exportwirtschaft wurden, besonders in den letzten achtzehn Monaten, verschie-

dene Finanz- und Handelsgesellschaften von französischer Seite aus im Auslande gegründet. Es handelt sich hierbei weitgehend um Privatinitiative, die genau umschriebene, wirtschaftliche Ziele verfolgt. In dieses Gebiet gehören zahlreiche französische Bankfilialen in Südamerika, in Südafrika und im Mittleren Osten. In Kanada gründeten französische Interessenten eine Handelsbank, die eine industrielle Verflechtung zwi-

schen den beiden Ländern erreichen will. Für die USA. ist die unter dem Namen CITER. bekannte Handelsgesellschaft zu nennen, über deren Tätigkeit noch wenig zu berichten ist, da es sich um eine neue Einrichtung handelt, die keine besonderen Eigenarten aufweist und sich in den allgemeinen Rahmen der französischen Industrie- und Finanzexpansion der Nachkriegszeit einfügt.

Richtungswechsel in Chinas Außenhandelsbeziehungen

David Scott, London

Während die westliche Welt nach dem Beispiel der USA. ihre Exporte nach China einschränkte, hat China ein neues Netz von Handelsvereinbarungen mit solchen Ländern aufgebaut, mit denen es in der Vergangenheit fast keinen kommerziellen Austausch hatte. Früher waren seine Haupthandelspartner Japan, die USA., Deutschland und Großbritannien; heute haben die Sowjetunion und die Länder Osteuropas ihren Platz eingenommen.

AUSTAUSCH MIT DEM OSTBLOCK

Diese Verschiebung hat vor etwas über einem Jahr ihren Anfang genommen, als China und die Sowjetunion einen dreißigjährigen Vertrag über ein Bündnis und gegenseitige Hilfeleistung abschlossen. Dieser Vertrag umfaßt einen sowjetischen Kredit von 300 Mill. \$, der mit 1% jährlich verzinst wird und in Raten bis 1964 rückzahlbar ist. In diesem Vertrag ist festgesetzt, daß die UdSSR. „Ausrüstung und Material, einschl. Ausrüstungen für elektrische Kraftanlagen, für hüttentechnische und Maschinenbau-Anlagen, Ausrüstungen für Gruben sowie für die Kohlen- und Erzförderung, Eisenbahn- und andere Transportausrüstung, Schienen und anderes Material für den Wiederaufbau und die Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft“ zur Verfügung zu stellen hat. Im Austausch dagegen soll China „Rohstoffe, Tee, Gold und amerikanische Dollars liefern. Die Preise für die Rohstoffe sollen auf Basis der Weltmarktpreise festgesetzt werden.“ Zwei Monate später wurde eine ergänzende Vereinbarung über die weitere Lieferung von Anlagen und Maschinen seitens der Sowjetunion im Austausch gegen Rohstoffe getroffen.

Seither hat China Handelsverträge mit der Tschechoslowakei, Polen, Ost-Deutschland und Ungarn abgeschlossen. In jedem Falle ist die Basis ein Austausch von Industrieproduktion seitens der europäischen Länder gegen chinesische Grundstoffe und Nahrungsmittel. Die letzteren umfassen: Roheisen, Wolfram, Antimon, Quecksilber, Blei, Tungsten, Asbest, vegetabile Öle, Häute, Hanf, Seide, Borsten, Futtermittel und Harze. Aus Polen wird China Chemikalien, Bergbaumaschinen, Eisenbahnausrüstung und rollendes Material, Stahlwaren und Textilien erhalten. Interessant ist eine ergänzende Vereinbarung über Verkehr und Transport zwischen diesen beiden Ländern, die kürzlich abgeschlossen worden ist.

Die Tschechoslowakei behauptet, aus China genügend vegetabile Öle zu erhalten, um in dieser Hin-

sicht vom Westen unabhängig zu sein. China liefert ferner andere lebenswichtige Rohstoffe in die Tschechoslowakei. Dies mag einer der Faktoren sein, die es den Tschechen ermöglicht haben, trotz Erhöhung ihrer industriellen Produktion ihren Handel mit dem Westen bis Ende 1950 auf 45% ihres Gesamt-Außenhandels zu kürzen anstatt auf die ursprünglich vorgesehenen 55% bis 1953. Im Austausch dagegen verschiffen sie schwerindustrielle Ausrüstung, Werkzeugmaschinen und hüttentechnische Erzeugnisse, ferner Automobile und Lastkraftwagen, Chemikalien, Drogen, Leder- und Gummiwaren und Maschinen zur Schuhherstellung nach China. Auf der letztjährigen Prager Messe hat es sich gezeigt, daß die tschechischen Hersteller den chinesischen Markt gründlich studiert haben. Interessant war die Ausstellung einer motorisierten Rikscha, die um ein Motorrad von 125 ccm gebaut war. Außerdem wurden Handwebstühle und verschiedene Arten von landwirtschaftlichen Maschinen gezeigt, die sich zur Kultivierung in kleinem Ausmaß eignen.

Aus Ostdeutschland wird China schwere Werkzeugmaschinen, Bergbau- und Textilmaschinen sowie Präzisionsinstrumente erhalten. Nach einer Erklärung, die der ostdeutsche Minister für Maschinenbau (der kürzlich als Leiter der Handelsdelegation drei Monate in China gewesen ist) abgab, sind deutsche Spezialisten und Techniker nach China entsandt worden, um die vorhandenen Textilmaschinen (hauptsächlich britische, aber auch amerikanische und japanische Fabrikate) für die Herstellung von Ersatzteilen und ähnlichen Ausrüstungen zu studieren. Ostdeutschland hat neben Ausrüstungen bereits eine Anzahl von Bergingenieuren nach China geschickt, um die Ausbeutung der Zinn- und anderen Erzvorkommen in dem Lande voranzutreiben. Filmprojektoren sind angesichts der intensiven Propagandatätigkeit und Erziehungsprogramme in China ein weiterer wichtiger Exportartikel Deutschlands, und jetzt wird eine erhebliche Anzahl von Mikroskopen und anderen optischen Instrumenten geliefert.

Ungarn wird wahrscheinlich landwirtschaftliche Maschinen und Traktoren, Chemikalien, elektrische Ausrüstung, Pumpen mit Kraftantrieb und einige Arten von Werkzeugmaschinen liefern.

Chinas wachsendes Interesse an diesem Handel mit Osteuropa zeigt sich darin, daß es in diesem Jahr zum erstenmal als Aussteller auf zwei europäischen